

MEDIENKONFERENZ VOM 19.02.2009

Jean Christophe Schwaab, SGB-Zentralsekretär

Gegen die Krise: mehr Lehrstellen, keine Sparübungen bei der Bildung!

Krise: mindestens 10'000 neue jugendliche Arbeitslose

Krise und Arbeitslosigkeit durchschütteln unser Land. Die Jugendlichen gehören leider zu den am meisten betroffenen Gruppen. Aus zwei Gründen.

Erstens: In Krisenzeiten steigt die Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen immer überdurchschnittlich an. Wenn die Unternehmen bei den Anstellungen bremsen, dann zahlen vorab die neu auf den Arbeitsmarkt Gelangenden die Zeche. Wenn die Unternehmen entlassen, dann am ehesten die am wenigsten erfahrenen Mitarbeiter/innen. Und genau diese finden bei besserer Konjunktur nur als letzte wieder eine neue Anstellung.

Zweitens: Trotz der guten Jahre, die hinter uns liegen, verfügt ein grosser Teil der Jugendlichen über keine Berufsausbildung (mehr als 10 %). Ein Berufsbildungsabschluss verringert das Risiko von Arbeitslosigkeit und anschliessender Sozialhilfe jedoch beträchtlich.

Wir müssen uns für die nächsten Monate also auf einen starken Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit gefasst machen. Ein Vergleich mit den Zahlen vom auslaufenden Jahr 2004, als die Jugendarbeitslosigkeit ihren höchsten Stand erreichte und die Arbeitslosigkeit insgesamt bei 4,5% lag (der SGB prognostiziert für 2010 genau diese Zahl von 4,5%; das Seco 4,3%), zeigt, dass mindestens mit 30'000 jugendlichen Arbeitslosen (= unter 25 Jahren) zu rechnen ist. Das sind 10'000 mehr als heute. Dabei zeigt diese Zahl nicht die volle Wirklichkeit, denn nur einer von zwei arbeitslosen Jugendlichen schreibt sich bei der Arbeitslosenversicherung ein¹ und erscheint so in der Seco-Statistik. Für 2010 befürchten wir somit, dass zwischen 50'000 bis 60'000 Jugendliche unter 25 Jahren erwerbslos sein werden.

Konjunktur verschärft Mangel an Ausbildungsplätzen

Die Folgen der Krise werden durch die grosse Zahl der Jugendlichen ohne nachobligatorische Bildung verschlimmert. Dies wird sich keineswegs verbessern, im Gegenteil. Denn bereits die heutige Lage bleibt trotz einiger Lichtblicke in den zwei letzten Jahren insgesamt prekär. Gewiss gibt es mehr Lehrstellen

¹ Hügli, Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz von heute, Universität Bern, 2005 ; BFS, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE) 2003.

und weniger Jugendliche auf Lehrstellensuche. Aber das Angebot liegt immer noch tiefer als die Nachfrage. Die Experten erachten einen Angebotsüberhang von mindestens 15% als nötig, damit der Lehrstellenmarkt richtig funktioniert. Nur so können die Jugendlichen eine wirkliche berufliche Auswahl treffen und die Unternehmen auf motivierte und genügend kompetente Lehrlinge zählen. Die Folgen des zunehmenden Ungleichgewichtes: die Zahl von Jugendlichen in «Zwischenlösungen» wird bei rund 20'000 Personen stagnieren. Die Hälfte davon sollte sich aber nicht in einer solchen Warteschlange befinden, denn sie müssen nicht neu motiviert werden, sie müssen ihre Berufswahl nicht verfeinern und müssen auch keine neuen Kompetenzen erwerben. Sie befinden sich aus einem einzigen Grund in der Warteschlange: Weil es für sie keine Lehrstelle gibt. Jedes Jahr verlassen 2'000 bis 3'000 Jugendliche die obligatorische Schule ohne Anschlusslösung. Das sind die prekär Arbeitenden, die Arbeitslosen und Sozialhilfeabhängigen von morgen.

Ein Rückgang der Lehrstellen zeigt sich auch durch die demografische Entwicklung (wieder weniger Jugendliche) und die schlechte Konjunktur an. Weniger Jugendliche auf Lehrstellensuche haben immer auch weniger Lehrstellen zur Folge. Denn die Unternehmen heben jene Lehrstellen auf, die sie nicht besetzen können². Und in den vergangenen Krisen wurde die Zahl der Lehrstellen immer abgebaut, vor allem in der Industrie. Wiewohl es gilt, dass der Mangel an Lehrstellen vor allem strukturell bedingt ist, so beeinflusst die Konjunktur doch auch die Entscheide des Unternehmens, Lehrstellen zu schaffen oder zu streichen³.

Die Forderungen der Gewerkschaftsjugend

Damit die Krise nicht voll auf die Jugendlichen durchschlägt, fordert die SGB-Jugendkommission Massnahmen von Bund, Kantonen und Arbeitgeberorganisationen:

1. Mehr Lehrstellen:

- Es braucht 10'000 neue Lehrstellen. Diese Zahl entspricht der Hälfte der Jugendlichen in «Warteschlangen». Nottfalls müssen die Kantone in Vollzeitschulen (Lehrwerkstätten, Handelsschulen etc.) mehr Ausbildungen anbieten, vor allem für Jugendliche mit Schulschwierigkeiten.
- Wirtschaft und Kantone dürfen ihre Anstrengungen, ein qualitativ hoch stehendes Lehrstellenangebot zu schaffen, nicht unter dem Vorwand einer vorübergehenden Steigerung der Lehrstellen preisgeben. Insbesondere zu verbessern sind die aktive Suche nach Lehrstellen (die sog. Klinkenputzerei), die Schaffung von Ausbildungsverbänden und die spezielle Unterstützung von schulschwächeren Jugendlichen. Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sollen möglichst darauf verzichten, Lehrstellen aufzuheben.
- Berufsbildungsfonds in allen Kantonen: Bis heute gibt es dieses taugliche Instrument zur Förderung der Ausbildungswilligkeit von Unternehmen nur in den Kantonen GE, FR, NE, VS, JU und ZH, bald in VD. In ZH und JU wurden diese Fonds per Volksabstimmungen eingeführt. Die Zeit des Misstrauens, insbesondere der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), sollte nun eigentlich abgelaufen sein.

² Müller / Schwenk, SIBP, Die Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbereitschaft, Zollikofen 2006.

³ Grigio / Wettstein, Verlust von Lehrstellen vermeiden, Zürich, 2006

2. Massnahmen zugunsten der Bildung allgemein:

- Keine Einschnitte in Bildungsbudgets. Diese Budgets dürfen nicht kantonalen oder nationalen Kreditsperren resp. Schuldenbremsen unterstellt werden, denn sie sind nötige und wirksame Investitionen, vor allem in Krisenzeiten.
- Keine Aufhebung von Ausbildungsplätzen in öffentlichen postobligatorischen Schulen, von Unterstützungsprogrammen zur Schaffung von mehr Lehrstellen und von Hilfsmassnahmen für die Jugendlichen selbst aus reinen Spargründen. Die Rezession verleitet den Bund und zahlreiche Kantone zu Sparschritten. Es ist mit allen Mitteln zu verhindern, dass so Ausbildungsplätze abgebaut werden.

3. Massnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit:

- Keine Einschnitte bei den arbeitsmarktlichen Massnahmen (AMM) für Jugendliche. Junge Arbeitslose mit einem postobligatorischen Abschluss finden dank der AMM in der Regel wieder rasch eine Stelle. Der Bundesrat muss die Kostenreduktion der AMM für Jugendliche wieder zurücknehmen. Die Kantone haben für berufliche Eingliederung mehr Mittel zu sprechen.
- Massnahmen für die Weiterbildung: Nach dem Lehrabschluss haben die Jugendlichen Mühe, eine Stelle zu finden, wenn sie sich in Konkurrenz zu Berufsleuten mit mehr Erfahrung darum bewerben. Die Weiterbildung soll ihnen eine Verbesserung ihrer Kompetenzen ermöglichen, beispielsweise dank eines bezahlten Weiterbildungsurlaubs von 5 Tagen für alle Lohnabhängigen (Lehrlinge inbegriffen) und eines Rechtes auf eine berufliche Standortbestimmung alle 5 Jahre.

* * * * *